



Saarländische **A**rmutskonferenz

Die Saarländische Armutskonferenz (SAK)

> Lobby für arme Menschen im Saarland

Zweck

- Informations-, Bildungs-, Koordinations- und Lobbyarbeit in der Armutspolitik
- Befassung mit Fragen, Problemstellungen und Lösungsvorschlägen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Familien und Gruppen, die von Armut betroffen sind und somit soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Benachteiligung erfahren
- Wahrung der Würde von Mitbürgern mit eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten

Aufgaben der SAK

- Beratung und Bewertung der Entwicklung von Armut und Armutsbekämpfung im Saarland
- Förderung gemeinsamer Aktivitäten der beteiligten Mitglieder zur Bekämpfung von Armut und ihrer Folgeerscheinungen, z.B. durch fachpolitische Foren, Hearings u.a.
- Formulierung gemeinsamer Stellungnahmen und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen mit dem Ziel, das Armutsproblem in der Öffentlichkeit bewusst zu machen.

Grundsätze

- Soziale (gesellschaftliche) Teilhabe für alle Menschen ermöglichen
- mit den Menschen reden nicht über sie
- von Armut betroffene Menschen reden lassen, erzählen lassen, sich zeigen - ihnen Würde und Anerkennung zukommen lassen, in Kooperation mit ihnen ihre Rechte stärken
- Wohnen ist ein Menschenrecht
- Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen
- Entbürokratisierung
- Wert eines Menschen(lebens) ist nicht sein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum bzw. zur „Wertschöpfung“
- Immer wieder Aufruf, Wachrütteln durch konkrete menschliche Schicksale. Hinterfragen der allgemein ausgeübten „Werte“-Skala.

Forderungen SAK

Europa

- Schaffung europaweiter, menschenwürdiger Sozialstandards

Lobbyarbeit

- Sicherstellung und Ausbau der Lobbyarbeit für arme Menschen im Saarland.

Gesellschaft

- Schaffung einer Politik, die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben stoppt
- Steuergerechtigkeit durch eine deutlich stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen
- Ermöglichung der Sozialen (gesellschaftlichen) Teilhabe für alle
- Entbürokratisierung (einfache Zugänge für alle schaffen)
- Sicherstellung der Teilnahme von Seniorinnen und Senioren am öffentlichen Leben und die Schaffung weiterer Möglichkeiten der Kontaktaufnahme.

Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen

- Möglichst Abbau von Bürokratie – hin zu einfachen Leistungszahlungen (Grundeinkommen, Bürgergeld usw.)
- Beispiel: Verpflegung von allen Kindern in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen und somit Wegfall der Antragspflicht zur Kostenbefreiung und damit Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen

Sozialleistungen

- Schaffung bedarfsgerechter, armutsfester Sozialleistungen, die ein Leben in Würde ermöglichen. Dazu zählen Leistungen für Hartz-IV-Bezieher, Arbeitslose, Grundsicherungsberechtigte, Asylbewerber/-innen und EU-Zuwanderer/-innen
- SozialCard zur verbilligten/kostenlosen Nutzung von Freizeit-, Bildungs- und Kulturangeboten für arme Menschen
- Wir fordern sanktionsfreie Sozialleistungen („Ein gesunder Mensch will sich in fast jedem Fall aktiv an der Gesellschaft beteiligen ... - wenn er das nicht hinbekommt helfen weniger Sanktionen als unterstützende Maßnahmen“)

- „Hilfen“ für von Armut betroffene Menschen sollten weniger bevormundend/gleichartig als den Menschen in seiner Individualität unterstützend und dadurch tatsächlich „fördern“ !
- Schaffung und dauerhafte Installierung eines entsprechenden geförderten Arbeitsmarktes (s.g.u. „Dritter Arbeitsmarkt“)
- ergänzenden Arbeitsmarktpolitik des Landes

Grundsicherungen

- Prüfung des Grundeinkommens
- Umwandlung der Grundsicherung in Grundeinkommen
- Kindergrundsicherung, die den tatsächlichen Bedarf von Kindern berücksichtigt
- Grundrente, die als Mindestsicherung ein Leben ohne Sozialhilfe ermöglicht

Gesundheit

- vollständige Befreiung armer Menschen von den Kosten der Gesundheit
- Zeitliche und personelle Ausweitung der medizinischen Notversorgung mit zahnmedizinischem Angebot; Ausweitung der medizinischen Notversorgung auf Neunkirchen und Saarlouis, sowie ggf. weitere Landkreise
- Eigenständige Gesundheitspolitik des Landes

Wohnen

- Übernahme der tatsächlichen Kosten der Wohnung durch das Jobcenter / Sozialamt
- Keine Zwangsumzüge für Hartz-IV und Grundsicherungsbeziehende
- Verhinderung von Leerstand
- Sozialer Wohnungsbau und Instandsetzung bestehender Wohnungen
- Mietpreisbremse / Mietpreisdeckel
- Verhinderung/verschärfte Auflagen für Immobilien-Übernahmen durch Finanzinvestoren u./o. übergroßer Immobiliengesellschaften

Energie

- Auf „Richtwerte“ für Heizkosten zu verzichten um allen Menschen (u.a. von Hartz-IV Betroffenen) ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen.
- Verbot von Energie- und Wassersperren
- Erlass eines kurzfristigen Moratoriums zur Verhinderung von Energiesperren als einzige und schnelle Methode zur Wahrung der Menschenwürde
- Investitionen in den Sozialen Wohnungsbau und Instandsetzung bestehender Wohnungen
- Stärkere gesetzliche Kontrolle der Energieversorger – klares Handling der Politik bzgl. ihrer sozialen Verantwortung!

Mobilität

- Deutlich verbilligtes Sozialticket für Menschen mit geringem Einkommen (Hartz-IV und Grundsicherungsbeziehende, Wohngeldbeziehende, Bezieher*innen von Kinderzuschlag usw.) sowie die Übernahme der Mehrkosten
- Versandt der SozialCard zusammen u.a. mit dem Bewilligungsbescheid für Hartz-IV und Grundsicherungsleistungen bzw. Wohngeld. Die SozialCard ist Voraussetzung für den Erwerb des Sozialtickets.
- Sozialtickets auch am Automaten, für Einzelfahrten und zur Mitnahme weiterer Personen am Wochenende
- Unterstützungen für beeinträchtigte Menschen (Begleitedienste usw.)
- Flächendeckendes und für die Nutzer*innen bezahlbares Netz an leicht erreichbaren, niederschweligen Sozial-Beratungsstellen (z.B. Hartz IV, Sozialhilfe, Wohnen, Verschuldung; Hilfe und Beratung für alte und behinderte Menschen) in allen Landkreisen und im Regionalverband

Dezentrale Strukturen aufrecht halten

- Erhalt und Erweiterung der Angebote von Geschäften, Kneipen, Bürgertreffs, Arztpraxen und Apotheken, „Dorfläden“ (ohne Gewinnabsicht) auf dem Land.
- Ergänzende mobile Dienstleistungsangebote in kleinen Gemeinden/Dörfern (Dorfläden, Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrgenerationenhäuser)
- Einrichtung von Gesundheitszentren mit verschiedenen Professionen, die eine wohnortnahe Versorgung ermöglichen
- Aufrechterhalten von finanziellen Mitteln bzgl. nicht direkt finanziellen Gewinn ausschüttenden Gebieten wie z.B. Historie und Erhalt örtlicher/ländlicher Kultur

Öffentlicher Beschäftigungssektor (Dritter Arbeitsmarkt)

- öffentlicher Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Löhnen, der Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden
- Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnen
- Einstieg in die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen